

AUSGABE VOM 9. NOVEMBER 2019

Köln belegt Spitzenplatz im bundesweiten Städteranking

„Herzlichen Glückwunsch Köln“: Die Domstadt belegt im aktuellen Städteranking Platz 5 unter den 30 größten Städten in Deutschland. Das ist der beste Platz unter den NRW-Kommunen. Die Studie wird regelmäßig vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut und der Bank Berenberg erstellt. Für die Rangliste wurden von den Wissenschaftlern Faktoren wie Bildung, Innovation, Internationalität, mobile Erreichbarkeit aber auch Produktivität und die Bevölkerungsentwicklung analysiert.

„Die Zukunftsaussichten für Köln sind ebenso wie für die anderen Millionenstädte Berlin (Platz1) und München (Platz 3) hervorragend. In allen untersuchten Sektoren sind gute Bedingungen für Unternehmen und Menschen vorhanden“, zitiert Kölns CDU-MdB Karsten Möring die Studie.

Hassrede und Hasskriminalität konsequent verfolgen

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag das Thema „Hassrede und Hasskriminalität“ beraten. „Beide Delikte müssen konsequenter verfolgt werden“, so der Kölner CDU-Bundestagabgeordnete Karsten Möring. „Mit dem Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität wollen und werden wir entschlossen unsere freiheitliche Demokratie schützen und verteidigen“.



Bundesinnenminister Horst Seehofer dringt auf rasche Verabschiedung seines Maßnahmenpakets gegen Rechtsextremismus durch das Parlament. (Foto: BMI)

Auch als Konsequenz aus dem Anschlag von Halle und dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke hatte die Bundesregierung ein Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus beschlossen. Beleidigungen und Hetze im Netz sollen künftig härter bestraft und Internetprovider verpflichtet werden, strafbare Inhalte direkt an das Bundeskriminalamt zu melden. Bestehende gesetzliche Regelungen zur Hasskriminalität werden ferner an die Besonderheiten des Internets angepasst, um Cyber-Stalking, Hetze und aggressive Beleidigungen besser ahnden zu können. Der Kabinettsbeschluss sieht zudem eine Verschärfung des Waffenrechts vor. Darüber wird noch intensiv diskutiert, weil Sportschützen und Schützenvereine ebenso wenig behindert werden sollen wie die Jägerschaft.

„Die Meinungsfreiheit findet ihre Grenzen, wenn Menschen beleidigt oder verunglimpft werden, der Holocaust der Nazis geleugnet oder bagatellisiert wird. Das verstößt gegen Moral und Recht. Und das muss auch für die digitale Welt gelten“, so MdB Möring. Verstöße müsse der Rechtsstaat schnell und effizient aufklären und spürbar sanktionieren können. Dafür brauchte es eine rechtliche Grundlage.

„Ferner werden wir den besonderen strafrechtlichen Schutz für Landes- und Bundespolitiker gegen üble Nachrede, also die Mischung von Beleidigung mit Falschbehauptungen, auch auf die Lokalpolitikerinnen und -politiker ausdehnen, damit sie auch bei uns in Köln besser geschützt sind. Das sind wir den ehrenamtlich kommunalpolitisch Engagierten schuldig“, so MdB Karsten Möring.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Begrenzung der Sanktionen im SGB II bei Verstößen gegen Mitwirkungspflichten der Empfänger von Arbeitslo-



senngeld II hat Wellen geschlagen. Politisch ist die Kürzung der Leistungen umstritten. Besonders die Linke, unterstützt von Grünen und Teilen der SPD, lehnen Sanktionen völlig ab.

Karlsruhe greift jetzt maßvoll in die Sanktionsregelung ein. Es verbietet in Zukunft lediglich, dass mehr als 30 Prozent der Leistungen gekürzt werden dürfen. Allerdings liegt die übergroße Zahl von Kürzungen auch jetzt schon unterhalb von 30 Prozent. Dabei werden die meisten Kürzungen wegen Terminversäumnissen, Nichterscheinen bei möglichen Arbeitgebern oder Ablehnung zumutbarer Arbeit vorgenommen, also bei fehlender Bereitschaft oder Mitwirkung der Leistungsbezieher.

Die richtige Grundidee der Hartz-IV-Reform, wonach Arbeitslose sich selbst intensiv um eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt bemühen müssen, bleibt bestehen. Eine Abschaffung der Sanktionen wie jetzt einige linke Politiker mit Berufung auf das Urteil fordern ist mit mir nicht zu machen. Das würde dem Prinzip „Fördern und Fordern“, dem Leitgedanken der erfolgreichen Hartz-Reform widersprechen. Unser Ziel bleibt weiterhin, die betroffenen Menschen aus dem Arbeitslosengeld II-Bezug heraus und in Arbeit zu bringen und dabei ihr Mitwirkung verbindlich einzufordern.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Große Koalition zieht eine erfolgreiche Halbzeitbilanz

Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD vereinbart, im Herbst 2019 eine **Bestandsaufnahme** vorzulegen. Bis heute hat die Koalition viel erreicht, aber es bleibt für die restliche Wahlperiode noch einiges zu tun. Ob diese Arbeit getan werden kann, liegt wesentlich in der Hand der SPD. Nervös geworden durch schlechte Wahlergebnisse, gibt es in der Partei viele Stimmen, die glauben, in der Opposition könne die SPD mehr erreichen. Dabei ist die Bilanz von eineinhalb Jahren Regierungsarbeit ziemlich gut.



Nach langem Zögern der SPD, schwierigen Verhandlungen und einer Urabstimmung mit 78% Zustimmung wird der Koalitionsvertrag von den Parteivorsitzenden am 12.3.2018 unterzeichnet, Grundlage einer manchmal schwierigen aber erfolgreichen Zusammenarbeit. (Foto: privat)

CDU-MdB Karsten Möring: „Die Koalition arbeitet erfolgreich für das Land, für NRW und für Köln! Wir investieren auf Rekordniveau in die Infrastruktur und haben mit drei Änderungen des Grundgesetzes ermöglicht, dass der Bund die Länder bei Investitionen besser unterstützen kann. Dies kommt unserem Bundesland und auch Köln konkret zugute. Dabei senkt die Bundesregierung die Gesamtverschuldung weiter und schafft so auch Handlungsspielraum für mögliche Krisen in der Zukunft. Noch in diesem Monat wird der Haushalt für 2020 verabschiedet, wiederum ohne neue Schulden.“

Um Deutschlands Klimaschutzziel 2030 sicher zu erreichen, hat die Koalition ein umfassendes Klimapakett vereinbart. Es enthält unter anderem Anreize durch die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung, günstigere Bahnfahrten, die Förderung von klimafreundlichen Heizungen und E-Mobilität, maßvolle Verteuerung des klimaschädlichen CO₂ bei gleichzeitiger Entlastung von Pendlern mit weiten Wegen.

Die Digitalisierung der Schulen unterstützt der Bund mit fünf Milliarden Euro. Außerdem haben wir das Kindergeld um zehn Euro seit dem 1. Juli 2019 zu Gunsten aller Familien erhöht. Den Kitausbau treiben wir voran. Über die bereits gezahlten elf Milliarden Euro hinaus zahlt der Bund bis 2022 weitere 5,5 Milliarden Euro zum Ausbau von Kindertagesstätten. Das von

der CDU/CSU gewollte Baukindergeld für Familien mit 1.200 Euro pro Kind und Jahr für die Dauer von zehn Jahren ist ein Renner geworden, und endlich können wir auch die steuerliche Begünstigung beim Mietwohnungsbau realisieren.

Wir steuern und begrenzen den Zuzug. Erleichterung gibt es nun beim Zuzug von qualifizierten Fachkräften nach klaren Kriterien. So dürfen sogar IT-Fachkräfte mit dreijähriger Berufserfahrung und einem Arbeitsangebot mit einem Mindestgehalt auch ohne formalen Abschluss nach Deutschland kommen. Wir haben neue Regelungen für mehr Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber geschaffen, außerdem strengere Regelungen für Identitätstäuscher und Mitwirkungsverweigerer. Der Familiennachzug für Bürgerkriegsflüchtlinge ist inzwischen begrenzt.

„Es lohnt sich, die Arbeit dieser Koalition erfolgreich zu Ende zu bringen. Wer sonst sollte das tun“, meint MdB Karsten Möring.

Entlastung für Angehörige von Pflegebedürftigen

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag das Angehörigen-Entlastungsgesetz beschlossen. Dazu MdB Karsten Möring: „Das Angehörigen-Entlastungsgesetz ist ein großer Fortschritt für Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen. Künftig müssen erst diejenigen einen finanziellen Beitrag zur Pflege ihrer Verwandten leisten, die über ein jährliches Bruttoeinkommen von mindestens einhunderttausend Euro verfügen. Dieses Gesetz reduziert Doppelbelastungen, denn nicht selten tragen Familien, die bisher für Pflegekosten aufkommen müssen, noch weitere finanzielle Verantwortung, zum Beispiel für Kinder.“

ÖPNV-Ausbau profitiert von Klimaschutzgesetzen

Mit der Umsetzung des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung werden die Finanzhilfen des Bundes für den ÖPNV in den Kommunen dauerhaft massiv erhöht. Die Fördergelder fließen in die Grunderneuerung bestehender ÖPNV-Anlagen und in den Aus- und Neubau von Bahnhöfen und Haltestellen im schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr. Außerdem werden auch Umsteigemöglichkeiten vom Individualverkehr zum Schienen-ÖPNV gefördert, wenn zugleich dort Ladeinfrastruktur geschaffen wird. Kölns CDU-MdB Karsten Möring: „Das sind hervorragende Perspektiven für einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr und schafft für Köln zusätzliche Spielräume zur Verbesserung der Luftqualität und der Verkehrsbelastung.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 40 der 19. Wahlperiode

09. November 2019

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

